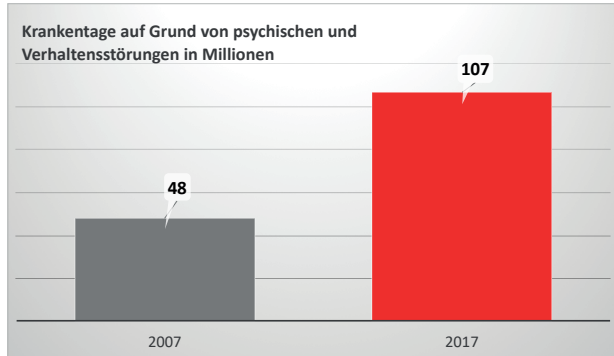


## Arbeit darf nicht krank machen

Burn-Out ist die neue Volkskrankheit. Der Stress bei der Arbeit nimmt zu, Arbeitshetze, Personalmangel und überlange Arbeitszeiten sind weit verbreitet. Wen wundert es da, wenn die Fehltagelänge aufgrund psychischer Erkrankungen ansteigen.



Quelle: SuGA 2017, SuGA 2016, SuGA 2007; Daten: verschiedene Krankenkassenverbände, eigene Berechnungen der BAuA

DIE LINKE. im Bundestag lehnt daher jede Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes ab. Stattdessen fordern wir eine Reduzierung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden. Um Überstunden zu begrenzen, wollen wir zudem eine Dokumentationspflicht für jede Arbeitsstunde. Die Bundesregierung muss darüber hinaus endlich eine Anti-Stress-Verordnung erlassen und in den Bundesländern darauf hinwirken, dass genug Personal vorhanden ist, um die Einhaltung der Arbeitsschutzgesetze zu kontrollieren.

## Arbeit muss zum Leben passen

Während die einen Beschäftigten überlange Arbeitszeiten haben, haben andere zu wenig oder gar keine Arbeit. Minijobs und unfreiwillige Teilzeit haben in den vergangenen Jahren einen enormen Zuwachs erfahren, während Vollzeitarbeit kaum gestiegen ist. Das entspricht aber nicht den Wünschen der Beschäftigten.

Wir wollen, dass die Arbeitszeit besser zu den Anforderungen und Vorstellungen der Beschäftigten passt. Und sie muss mit ihrem privaten Leben vereinbar sein.

Das heißt Schluss mit Überstunden und mehr Zeitsouveränität. Wir wollen das Recht für vorübergehende Teilzeit für alle Beschäftigten, auch in kleinen Betrieben. Teilzeit darf nicht zur Falle werden, aus der man nicht mehr herauskommt. Und wir wollen mehr Mitbestimmungsrechte bei der Gestaltung der Arbeitszeit und ein Recht auf Home-Office. Zudem fordern wir eine Mindeststundenzahl von 22 Stunden pro Woche, um unfreiwilliger Teilzeit einen Riegel vorzuschieben.

## Gute Absicherung bei Arbeitslosigkeit

Gute Arbeit erfordert auch eine gute Absicherung im Falle der Arbeitslosigkeit. Wir wollen daher den Zugang und die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld I verbessern und eine neue Arbeitslosenhilfe einführen. Arbeitslosengeld und neue Arbeitslosenhilfe sollen den Lebensstandard länger sichern und ausreichend Zeit für die Suche nach einer guten Arbeit garantieren. Hartz IV wollen wir durch eine sanktionsfreie, armutsfeste Mindestsicherung ersetzen.

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/22 75 1170, Fax: 030/22 75 6128  
E-Mail: [fraktion@linksfraktion.de](mailto:fraktion@linksfraktion.de)  
V.i.S.d.P.: Sevim Dağdelen, Jan Korte, Caren Lay

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)  
190726

# Gute Arbeit

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G



# Liebe Kolleginnen und Kollegen,

als DIE LINKE. im Bundestag setzen wir uns für ein neues Normalarbeitsverhältnis ein: Arbeit muss sozial abgesichert und unbefristet sein. Löhne werden von starken Gewerkschaften tariflich ausgehandelt und ermöglichen ein gutes Leben und eine Rente, die auch im Alter den Lebensstandard sichert. Arbeit muss planbar und mit dem Privatleben vereinbar sein. Sie darf nicht krank machen. Beschäftigte sollen über Betriebsabläufe, Personalbemessung, Weiterbildungen und Arbeitszeitgestaltung mitbestimmen – z.B. über starke Betriebsräte.



Von diesen Ansprüchen ist die Realität weit entfernt. Prekäre Arbeitsverhältnisse verharren auf hohem Niveau. Die Tarifbindung nimmt ab und der Niedriglohnsektor ist in Deutschland so groß wie in kaum einem anderen Land Europas. Der Arbeitstag kennt für viele keine Grenze mehr und Leiharbeit sorgt für moderne Sklaverei auf dem Arbeitsmarkt. Diese wenigen Stichpunkte machen deutlich, wie notwendig es ist, endlich gegenzusteuern.

Die Ursachen für die schlechten Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt sind komplex, ein wichtiger Aspekt ist aber die abnehmende Organisationsmacht der Gewerkschaften. Die Deregulierung des Arbeitsmarktes hat maßgeblich dazu beigetragen. Leiharbeit, Befristungen, Minijobs, Niedriglöhne und Hartz IV schwächen die Kampfkraft der Gewerkschaften. So können sie der Tariffucht der Arbeitgeber zu wenig entgegensetzen.

Wir wollen prekäre Beschäftigung eindämmen und mit einem neuen Normalarbeitsverhältnis die Gewerkschaften stärken. Eine flächendeckende Tarifbindung ist der beste Garant für gute Arbeit. Dafür muss der Gesetzgeber den politischen Ordnungsrahmen setzen. Unsere konkreten Forderungen stellen wir hier vor.

**Susanne Fersch**

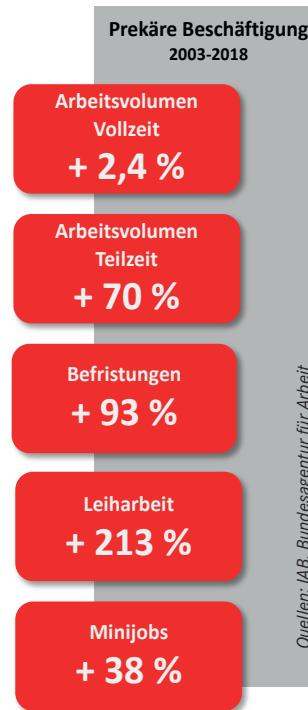
Stellvertretende Vorsitzende und Leiterin des Arbeitskreises »Arbeit, Soziales und Gesundheit«

## Sichere Arbeit

Fragt man die Menschen, was für sie gute Arbeit ausmacht, antworten die meisten, dass ihre Arbeit sicher sein soll. Befristete Arbeitsverträge, Leiharbeit, Werkverträge und Minijobs bieten diese Sicherheit nicht.

DIE LINKE. im Bundestag fordert, dass das unbefristete Arbeitsverhältnis wieder zur Regel wird. Die sachgrundlose Befristung muss endlich verboten, Sachgründe reduziert und Kettenbefristungen verhindert werden.

Leiharbeit wollen wir kurzfristig strikt auf drei Monate begrenzen. Es muss das Prinzip »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« zuzüglich einer Flexibilitätsprämie ab dem ersten Einsatztag gelten. Langfristig wollen wir Leiharbeit verbieten.



Werkverträge müssen reguliert werden. Um Scheinwerkverträge und illegale Arbeitnehmerüberlassung zu verhindern, muss die Beweislast, dass es sich um einen echten Werkvertrag handelt, auf die Arbeitgeber übertragen werden. Damit sie diesen Nachweis führen können braucht es neue Kriterien. Bei Outsourcing wollen wir festlegen, dass das Prinzip »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« gilt.

Minijobs sind sozialversicherungspflichtiger Arbeit gleichzustellen. Jede Stunde Arbeit soll voll sozialversicherungs- und steuerpflichtig sein.

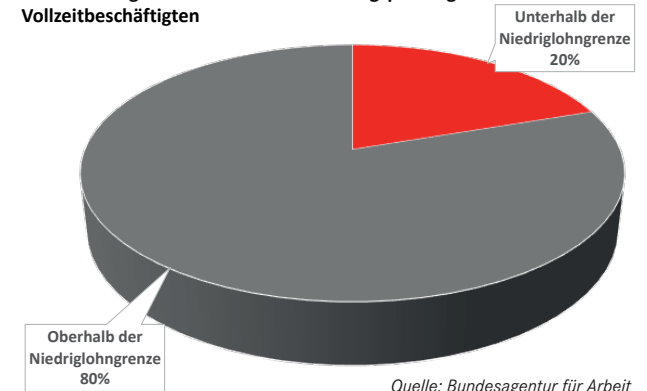
## Gute Löhne und eine hohe Tarifbindung

Sichere Arbeit allein reicht aber nicht aus, sie muss auch gut entlohnt werden. Dafür wollen wir die Tarifbindung stärken. Wir fordern eine Erleichterung

der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen und Tariftreue-Regelungen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Die öffentliche Hand muss ihre Marktmacht nutzen und gute Arbeit stärken.

Als unterste Haltelinie im Lohngefüge muss es einen gesetzlichen Mindestlohn geben, der die Existenz

Anteil Niedriglöhne bei sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten



sichert, Niedriglohnbeschäftigung verhindert und eine Rente oberhalb des Niveaus der Grundsicherung garantiert. Der Mindestlohn muss daher schnell auf mindestens 12 Euro pro Stunde angehoben werden.

## Mehr Mitbestimmung für die Beschäftigten

Demokratie darf nicht am Werktor enden. Immer noch gibt es in viel zu wenigen Betrieben einen Betriebsrat. Daher wollen wir Betriebsratswahlen erleichtern und Initiatorinnen und Initiatoren sowie bestehende Betriebsräte besser vor mitbestimmungsfeindlichen Arbeitgebern schützen. Die Behinderung von Betriebsratswahlen und Schikane von Betriebsräten sind keine Kavaliersdelikte, sondern Angriffe auf die Demokratie. Darüber hinaus wollen wir, dass die Beschäftigten mehr über ihre Arbeitsbedingungen und über betriebliche Belange mitbestimmen können. Beispielsweise sollen sie bei der Frage, wie viel Personal notwendig ist, mitbestimmen. Aber auch beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen oder wirtschaftlichen Fragen muss es ein Mitbestimmungsrecht geben.